

Schuldistanz – Von Anfang an ernst nehmen! Handlungsplan für Berlin-Neukölln

Alle Neuköllner Schulen verfügen über schulinterne Verfahren zum Umgang mit Schuldistanz, die sicherstellen, dass schuldistanziertes Verhalten frühzeitig erkannt wird und betreffende Schülerinnen und Schüler sowie die Personensorgeberechtigten erfolgsversprechend in eine Problemlösung eingebunden werden. Die transparente Information aller Beteiligten über Verfahrensweisen bei Erkrankung, Beurlaubung und Umgang mit unentschuldigten Fehlzeiten bilden dafür die Grundlage. Kommt es trotz präventiver Maßnahmen und schneller Reaktion zu Schuldistanz bietet der vorliegende Handlungsplan allen beteiligten Fachkräften Orientierung.



**SCHULDISTANZSTUFE I**

- sich auffällig oder unauffällig vom Unterricht abwenden
- träumen, abschalten
- stören, dazwischen rufen


**SCHULDISTANZSTUFE II**

- Zuspätkommen
- Ausschluss vom Unterricht provozieren
- den Klassenraum unerlaubt verlassen
- Stunden versäumen
- gelegentliches Fernbleiben bis zu 10 unentschuldigte Fehltag(e) u/o 30 Fehlstunden pro Schulhalbjahr

**SCHULDISTANZSTUFE III**

- Wie Stufe I und II
- regelmäßiges Fernbleiben
- 11 und mehr ue Fehltag(e) u/o Fehlstunden pro Schulhalbjahr


**Herausgeber:**



Bezirksamt Neukölln



Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie



Bezirksamt Neukölln



Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

1 Eine gelungene Schuleingangsphase sowie die zielgerichtete Gestaltung des Übergangsprozesses von der Grund- zur Oberschule, die Förderung eines positiven Schulklimas, Mitgestaltungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler sowie Sorgeberechtigte (nachfolgend Eltern genannt), ansprechend gestaltete Lernräume und die gezielte Förderung eines sozialen Miteinanders sind einige präventive Aspekte zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Schuldistanz (SD). Die Neuköllner Schulen und deren Partner (Jugendamt, SIBUZ, KJpD und KJGD, Polizei usw.) arbeiten dabei in gemeinsamer Verantwortung zusammen. Dennoch kommt es bei Schülerinnen und Schülern aus unterschiedlichen Gründen zu schuldistanziertem Verhalten.

Der Neuköllner Handlungsplan „Schuldistanz – Von Anfang an ernst nehmen!“ setzt an, sobald schuldistanziertes Verhalten in Anfängen wahrgenommen wird und bietet allen beteiligten Fachkräften und Institutionen Orientierung, da bei Schuldistanz mehrere Verwaltungsverfahren ineinandergreifen. In den folgenden Erläuterungen zum Neuköllner Handlungsplan erhalten Sie Informationen zu einzelnen Schritten, den beteiligten Institutionen sowie Hinweise auf weiterführende Materialien.

Die Regionale Schulaufsicht Neukölln hat einen Schuldistanz-Ordner (SD-Ordner) erarbeitet, der allen Neuköllner Schulen zur Verfügung steht. Dieser SD-Ordner enthält z. B. verbindlich zu nutzende Formulare, Musterschreiben und Hinweise zu gesetzlichen Vorgaben. An allen staatlichen Neuköllner Schulen ist eine Kontaktperson zum Thema Schuldistanz benannt, die regelmäßig fortgebildet wird. Bei allgemeinen oder speziellen Fragen zum Thema Schuldistanz können sich alle schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die regionale Schulaufsicht beraten lassen.

2 Schuldistanz kann sehr vielfältige und individuelle Ursachen haben. Meist ist sie Ausdruck eines längeren Entwicklungsprozesses in einem komplexen Gefüge wie z. B. negative (Schul-) Erfahrungen, nicht gelungener Übergang in die Grundschule bzw. an eine weiterführende Schule, wenig förderliche familiäre Verhältnisse, ein ungünstiges soziales Umfeld oder persönliche Merkmale. Schuldistanz und deren Verfestigung kann am erfolgversprechendsten begegnet werden, wenn schuldistanziertes Verhalten entsprechend der SD-Stufen I und II frühzeitig wahr- und ernstgenommen wird. Alle staatlichen Neuköllner Schulen verfügen über ein schulinternes Verfahren um schuldistanziertes Verhalten frühzeitig zu erkennen und die Schülerin bzw. den Schüler sowie die Eltern in die individuelle Problemlösung einzubinden. Die Verfahren beinhalten u. a. die transparente Information aller Schülerinnen und Schüler und deren Eltern über die schulinterne Verfahrensweise bei Erkrankung und Beurlaubung (besonderes Augenmerk vor und nach Ferien), das Vorgehen bei unentschuldigten Fehlzeiten, den Umgang mit Hausbesuchen und Regelungen, wann welche Akteure am Standort (z. B. Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik) und weitere Fachdienste (siehe 3) eingebunden werden.

3 Selten tritt Schuldistanz im Sinne unentschuldigter Fehlzeiten plötzlich auf. Oftmals gingen zum Beispiel (wiederholte) Regelverstöße in der Schule und im Unterricht, provozierendes Verhalten, Motivationsverlust, Arbeitsverweigerung, Passivität und Desinteresse am Unterricht (träumen, abschalten) oder auch Rückzug („innere Emigration“) voraus. Bereits hier aufmerksam zu sein und gegenzusteuern, kann den weiteren Schulbesuch positiv beeinflussen bzw. einer Verfestigung von Schuldistanz entgegenwirken. Auf der Grundlage des abgestimmten schulinternen Verfahrens sollen Schülerinnen und Schüler sowie Eltern frühzeitig angesprochen und in die Lösung eingebunden werden.

Sämtliche Interventionen sind von Beginn an zu dokumentieren, u. a. um den schulinternen Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Professionen bzw. Fachdiensten (siehe 3) zielgerichtet gestalten zu können. Schulen können den Dokumentationsbogen II.6 im SD-Ordner nutzen. Frühzeitig sollte in der Arbeit mit den Sorgeberechtigten von Seiten der Schule sowie der Schulsozialarbeit auf eine Entbindung der Schweigepflicht durch die Eltern (Schulen können das Formular II.06 im SD-Ordner nutzen) hingewirkt werden um einen zielgerichteten Austausch mit anderen Fachkräften und Institutionen zu ermöglichen. Dies gilt auch für die Möglichkeit gemeinsamer Fallberatungen mit den Fachkräften des Jugendamtes.

4 Im Neuköllner Handlungsplan wird das Instrument der Schulhilfekonferenz (SHK) erstmalig bei der SD-Stufe II aufgeführt. Sie kann im Prozessverlauf aber auch zu anderen Zeitpunkten durchgeführt werden (siehe Hinweis auf SHK bei Schuldistanzstufe III). Einer SHK gehen i. d. R. Beratungen mit der Schülerin bzw. dem Schüler sowie den Eltern voraus. Im Mittelpunkt einer SHK steht die gemeinsame Sorge um die Schülerin bzw. den Schüler. Eine SHK bietet der Schule und den Eltern die Möglichkeit gemeinsam mit weiteren Fachkräften (z.B. RSD, SIBUZ, Schulsozialarbeit, Präventionsbeauftragte/Präventionsbeauftragter der Polizei, ...) den Unterstützungsbedarf abzuklären, Zusammenarbeit abzustimmen und weitere geeignete Schritte zu verabreden. Eine SHK ersetzt weder das schulische Verfahren zu Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen noch das abgestimmte Verfahren bei Verdachtsfällen der Kindeswohlgefährdung (siehe 12)

Im Bezirk Neukölln steht ein Handlungsleitfaden zur Durchführung einer Schulhilfekonferenz (u.a. mit Hinweisen zum Einladungsverfahren, datenschutzrechtlichen Bestimmungen) zur Verfügung: **Handungsleitfaden Schulhilfekonferenz** – Handreichung für Neuköllner Schulen und deren Partner, [www.kinderpsychiatrischerdienst-berlin.de/fachberatungen.php](http://www.kinderpsychiatrischerdienst-berlin.de/fachberatungen.php)

5 Um das Interesse am Kind/Jugendlichen sowie mögliche Unterstützungsangebote zu bekräftigen, kann ein Gespräch in vertrauter Umgebung der Eltern bzw. der Schülerin oder dem Schüler hilfreich sein. Deshalb kann ein Hausbesuch durch Lehrkräfte (z.B. Klassenlehrerin / Klassenlehrer) u/o Schulsozialarbeiterinnen / Schulsozialarbeiter eine sinnvolle Interventionsmaßnahme sein. Im vorliegenden Neuköllner Handlungsplan ist ein Hausbesuch bei der SD-Stufe II aufgeführt, er könnte aber auch zu jedem anderen Zeitpunkt stattfinden.

Es bietet sich an, dass Schulen Hausbesuche als eine geeignete Maßnahme bei der Elternansprache und Elterneinbindung in schulischen Konzepten beschreiben. Auf Wunsch der Schule kann ein gemeinsamer Besuch mit der/dem Präventionsbeauftragte/Präventionsbeauftragten der Polizei erfolgen. Eine Hausbesuchspflicht durch Lehrkräfte besteht nicht und selbstverständlich sollte davon abgesehen werden, wenn eine Gefährdungslage für die Fachkräfte anzunehmen ist.

6 Unentschuldigte (ue) Fehlzeiten werden pro Schulhalbjahr erfasst und sollen am 5. Fehltag u/o bei 30 ue Fehlstunden (6 ue Fehlstunden = ein ue Fehltag) durch die Schule beim zuständigen Schulamt angezeigt werden (Formular Schulversäumnisanzeige II.02 im SD-Ordner). Die Zuständigkeit richtet sich nach dem Standort der Schule. Die Fehlzeiten müssen nicht zusammenhängen, aber innerhalb eines Halbjahres liegen.

Die Schulversäumnisanzeige (Formular II.3 im SD-Ordner) ist durch die Schulen im Original per Dienstpost an das Schulamt zu senden. Das Schulamt prüft, ob eine Ordnungswidrigkeit nach § 55 OWiG vorliegt. Bei der ersten Schulversäumnisanzeige erfolgt in der Regel eine schriftliche Verwarnung durch das Schulamt. Bei der zweiten Anzeige wird ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Die Eltern werden per Anhörungsbogen aufgefordert sich zu dem Sachverhalt zu äußern und haben dafür eine Frist von 14 Tagen. Ggf. werden die Angaben der Eltern durch eine schriftliche Rückfrage des Schulamtes bei der Schule überprüft. Ausschlaggebendes Kriterium bei der Prüfung durch das Schulamt ist, ob ein vorsätzliches Verhalten der Eltern vorliegt. Der Ermittlungsauftrag des Schulamtes begrenzt sich auf das Ordnungswidrigkeitsverfahren und es hat keinen pädagogischen Auftrag. Liegt kein vorsätzliches Verhalten der Eltern vor, wird das Verfahren eingestellt. Außern sich die Eltern nicht oder liegt ein vorsätzliches Verhalten vor, wird durch das Schulamt ein Bußgeldbescheid erlassen. Die Schule erhält eine Information zum Ausgang des Verfahrens. Weitere Informationen zum Verfahren des Schulamtes (u.a. mit Hinweisen zu zeitlichen Abläufen) sind einzusehen unter [www.kinderpsychiatrischerdienst-berlin.de/fachberatungen.php](http://www.kinderpsychiatrischerdienst-berlin.de/fachberatungen.php)

7 Nach weiteren jeweils 5 ue Fehltagen u/o Fehlstunden pro Schulhalbjahr ist das Schulversäumnis erneut beim zuständigen Schulamt anzuzeigen. Wurde bereits ein Verfahren durch das Schulamt eingeleitet, werden die neu angezeigten Fehlzeiten im laufenden Ordnungswidrigkeitsverfahren nicht berücksichtigt. Sie wirken sich ggf. auf die Höhe des Bußgeldes aus oder haben ein erneutes Verfahren zur Folge. Ab 20 ue Fehltagen u/o -stunden werden weitere Schulversäumnisse durch die Schule nur noch einmal monatlich (z. B. am Monatsende) angezeigt. (Formular II.02 im SD-Ordner).

8 Die Schulhilfekonferenz und regelmäßige Fallberatungen sind geeignete Formate, um die professionsübergreifende Zusammenarbeit zu gestalten. Darüber hinaus können in jedem individuellen Begleitprozess weitere Fachdienste bzw. Professionen einbezogen werden. Im Bezirk Neukölln sind dies insbesondere:

**Regionaler Sozialpädagogischer Dienst (RSD) des Jugendamtes:** Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RSD im Jugendamt Neukölln sind Ansprechpartner vor Ort für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Eltern und Familien bei vielfältigen Fragen, Notlagen und Krisen, die in Familien auftreten können. Die Schwerpunkte der Arbeit bilden die Beratung, die Information und die Vermittlung von Hilfsangeboten, die Krisenhilfe und der Kinderschutz. Am besten gelingt die Vermittlung der jungen Menschen und deren Familien zu den Angeboten des RSD, wenn eine gezielte Vermittlung an und ggf. Begleitung durch Lehrkräfte und/oder die Fachkräfte der Schulsozialarbeit erfolgt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RSD stehen den Schulen u. a. für (anonyme) Fallberatungen und die Mitwirkung in Schulhilfekonferenzen zur Verfügung.

**Schulpsychologie:** Die schulpsychologische Beratung ist ein Fachbereich des Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentrums (SIBUZ). Hier stehen allen Schülerinnen und Schülern, Sorgeberechtigten und schulischem Personal ein Team aus Fachkräften der Psychologie und Pädagogik zur Verfügung. Die Beratung und Unterstützung im Rahmen von Schuldistanz erfolgt freiwillig, neutral und vertraulich. Ziel ist es, auf der Grundlage einer Ursachenanalyse der Schuldistanz (z. B. Fallbesprechungen in schulinternen Beratungsstellen, Exploration, Diagnostik der primären und sekundären Leistungsvoraussetzungen oder der psychosozialen Entwicklung sowie schulischen und familiären Unterstützungsfaktoren) dysfunktionale Verhaltensweisen zu mildern, Ressourcen zu stärken und ggf. zusätzliche Maßnahmen einzuleiten.

**Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD)** ist in den Bereichen Prävention, Gesundheitsförderung, Gesundheitshilfe sowie Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen tätig. In Bezug auf Schuldistanz kann u.a. eine Beratung der Eltern und der Schülerinnen und Schüler sowie die Kontaktaufnahme zu niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten mit Einverständnis der Eltern stattfinden. Bei Kenntnis des Falles kann eine Empfehlung zu weiteren Maßnahmen sowie zu Beratungs- und Hilfsangeboten gegeben werden. Auf Antrag der Schule (Formblatt Schul 103) führt der KJGD eine schulärztliche Untersuchung durch.

**Der Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJpD) und die Erziehungs- und Familienberatung (EFB)** arbeiten in Neukölln an zwei Standorten in gemischten Teams zusammen. Hierher können sich Eltern, Jugendliche, Kinder und alle, die direkt oder indirekt mit Kindern zu tun haben, mit Fragen zur seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie mit Erziehungsschwierigkeiten und familiären Problemen wenden. Das Angebot umfasst Einzelberatung, Elternpaar- und Familiengespräche, Psychotherapie, psychologische sowie kinder- und jugendpsychiatrische Untersuchungen und Beteiligung an der Hilfeplanung des Jugendamtes. Stärker präventiv ausgerichtet sind mögliche Gruppenangebote an Schulen und die Beteiligung an Informationsveranstaltungen (u.a. Elternabenden).

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Institutionen bzw. beteiligten Fachkräften gelingt am besten durch die Einbindung der Eltern und die **Entbindung von der Schweigepflicht** durch die Eltern (für jeden Fachdienst einzeln / Schulen können Formular II.06 im SD-Ordner nutzen). Alle beteiligten Fachkräfte sollten daher frühzeitig auf eine Schweigepflichtentbindung hinwirken.

9 Schule muss bei Verdachtsfällen der Kindeswohlgefährdung (KWG) tätig zu werden: „Werden der Schule gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so geht die Schule im Rahmen ihres schulischen Auftrags den Anhaltspunkten nach. Hält sie das Tätigwerden der Kinder- und Jugendhilfe für erforderlich, so hat sie das Jugendamt unverzüglich zu informieren.“ (§ 5a SchulG). Schuldistanz ist ein Anhaltspunkt, jedoch allein noch keine KWG. Je jünger das Kind und je ausgeprägter die Schuldistanz, desto früher sollte aber eine mögliche KWG in Verbindung mit anderen Anhaltspunkten aber in Betracht gezogen werden. Neben genauen Beobachtungen und einem frühzeitigen schulinternen Austausch an Schulen ist die Schulsozialarbeit eine lückenlose Dokumentation notwendig (z. B. mittels Dokumentationsbogen II.04 im SD-Ordner).

§ 8a SGB VIII weist dem Jugendamt im Falle einer (möglichen) Kindeswohlgefährdung einen Schutzauftrag zu und damit die Verantwortlichkeit, eine Kindeswohlgefährdung abzuwenden. Die Meldung durch Schule an den RSD zu einer möglichen KWG sollte ausschließlich per Fax anhand des im Bezirk einheitlichen Meldebogens erfolgen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RSD des Jugendamtes entscheiden, ob und welche Hilfen bereitgestellt werden, ob eine gerichtliche Verfahren zum Sorgerechtsentzug eingeleitet und ob ein Kind aufgrund einer akuten Gefährdungslage kurzfristig in Obhut genommen werden muss. Wenn die Eltern angebotene Hilfe nicht annehmen wollen oder können, obwohl das Wohl des Kindes gefährdet ist, ist ein familiengerichtliches Verfahren durch das Jugendamt einzuleiten. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RSD stehen Schulen für eine Fallberatung zur Verfügung. Eine anonyme Fallberatung ist jederzeit möglich, für eine nicht anonyme Fallberatung braucht es immer eine Schweigepflichtentbindung der Eltern. Schulen haben darüber hinaus die Möglichkeit eine Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft kostenfrei in Anspruch zu nehmen. In Berlin ist u.a. das Kinderschutz-Zentrum beauftrag, diesen Beratungsanspruch sicherzustellen ([www.kinderschutz-zentrum-berlin.de/fachberatungen.php](http://www.kinderschutz-zentrum-berlin.de/fachberatungen.php)).

Für grundsätzliche Fragen zu dem Verfahren bei KWG steht die benannte Ansprechperson des RSD zur Verfügung (siehe 8). Weitere Hinweise zum Verfahren bei Verdachtsfällen der KWG sowie der Meldebogen unter [www.kinderpsychiatrischerdienst-berlin.de/fachberatungen.php](http://www.kinderpsychiatrischerdienst-berlin.de/fachberatungen.php)

10 Die Zuführung einer Schülerin bzw. eines Schülers mit polizeilicher Unterstützung zur Schule bzw. einer ärztlichen Untersuchung (gemäß § 45 SchulG) durch den KJGD sollte ab Schuldistanzstufe III als letzte Möglichkeit in Betracht gezogen werden. Rechtlich ist dabei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Zuvor muss ein pädagogischer Begleitprozess mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten stattgefunden haben, schulische Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen ausgesprochen und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren inkl. Mahnverfahren abgeschlossen sein. Eine Zuführung ist auszuschließen, wenn schwerwiegende psychische Nebenwirkungen bei der Schülerin / dem Schüler zu erwarten sind (z. B. nicht einzusetzen bei Schulangst). Die Zuführung kann auf Antrag der Schulamtes durchgeführt werden.

Für grundsätzliche Fragen steht die/der Präventionsbeauftragte im Dir 5 St 42 zur Verfügung.

11 „Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes ... gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Familiengericht die Maßnahmen zu treffen, die zur Abwendung der Gefahr notwendig sind“ (§ 1666 Abs. 1 BGB). Die Anrufung des **Familiengerichtes (FG)** kann durch einzelne Personen oder Institutionen erfolgen, woraufhin das FG von Amts wegen ein entsprechendes Verfahren einleitet. Verfahrensbeteiligte sind immer der/die Sorgeberechtigte, das zuständige Jugendamt und das Kind bzw. der/die Jugendliche (ggf. unterstützt durch einen Verfahrensbeistand). Weitere Personen (z. B. Klassenlehrerin/Klassenlehrer, Schulsozialarbeiterin/Schulsozialarbeiter) können ergänzend vom Gericht eingeladen und zur Sache gehört werden. Grundsätzlich ist anzustreben, dass in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt bereits abgestimmte Interventionen erfolgten und auf dieser Grundlage das Jugendamt das Familiengericht anruft. Kann aber keine gemeinsame Sichtweise zwischen Schule und Jugendamt erzielt werden, kann sich die Schule auch selbst an das Familiengericht wenden (siehe Vordruck 11.1.1 im SD-Ordner). Bei Anrufung des Familiengerichtes ist eine Dokumentation (z.B. Dokumentationsbogen 11.4 im SD-Ordner) aller bisherigen Interventionen hilfreich. Die Zuständigkeit der FG richtet sich nach dem Wohnort des Kindes.

**Zuständigkeiten der Berliner Familiengerichte nach Bezirken und Kontaktdaten:** [www.berlin.de/gerichte/amtsgerecht-tempelhof-kreuzberg/das-gericht/zustandigkeiten/familiengericht/artikel.386502.php](http://www.berlin.de/gerichte/amtsgerecht-tempelhof-kreuzberg/das-gericht/zustandigkeiten/familiengericht/artikel.386502.php)





**Schuldistanz – Von Anfang an ernst nehmen!**  
Handlungsplan für Berlin-Neukölln